

INFORMATORISCHER VERMERK

des Präsidiums
für den Konvent

Betr.: Mandat für die Gruppe der von den Juristischen Diensten zu benennenden Sachverständigen

Das Präsidium ist in seiner Sitzung vom 29. Januar 2003 übereingekommen, die Juristischen Dienste des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission um die Benennung von Sachverständigen zu ersuchen, die das Präsidium bei der technischen Anpassung der in Teil II des Verfassungsvertrags aufzunehmenden Bestimmungen unterstützen könnten.

Die Mitglieder des Konvents erhalten beiliegend:

- in Anlage A das Mandat in der den drei Juristischen Diensten übermittelten Fassung;
- in Anlage B die vom Sekretariat des Konvents erarbeitete tabellarische Übersicht mit vorläufigen Angaben dazu, wie mit den Bestimmungen der gegenwärtigen Verträge (EGV und EUV) verfahren wird.

**Mandat für die Gruppe der von den
Juristischen Diensten zu benennenden Sachverständigen**

1. Der Konvent ist übereingekommen, dass er zum Abschluss seiner Arbeiten dem Europäischen Rat einen einheitlichen, aus der Verschmelzung des EG- und des EU-Vertrags hervorgehenden Verfassungsvertrag unterbreiten sollte. Die Frage, ob in diesen Vertrag auch der Euratom-Vertrag einfließen sollte, wird derzeit noch geprüft.
2. Auf der Grundlage des Konzepts, wonach der einheitliche Verfassungsvertrag an die Stelle des EG- und des EU-Vertrags treten soll, hat das Präsidium dem Konvent im Oktober letzten Jahres den Vorentwurf einer Vertragsstruktur vorgelegt, der breiten Anklang fand. Dieser Vorentwurf bildet somit die erste Grundlage für unsere Arbeiten (Dok. CONV 369/02).
3. Das Präsidium erarbeitet derzeit die Artikel des ersten - "grundlegenden" - Teils des Vertrags, den sie dem Plenum ab Ende Januar abschnittsweise zuleiten wird. Das Präsidium wünscht, dass parallel dazu die Arbeit am zweiten Teil des Verfassungsvertrags vorangetrieben wird. Eine Vorarbeit wurde bereits vom Sekretariat des Konvents geleistet, d.h. es wurde ermittelt, wie im Vorentwurf des Verfassungsvertrags mit den einzelnen EGV- und EUV-Bestimmungen zu verfahren ist und welche Orientierungen sich bei den Beratungen des Konvents bereits abgezeichnet haben (vgl. beiliegendes Dokument). Dank dieser Vorarbeit konnten die einzelnen Bestimmungen in vier Kategorien eingestuft werden:
 - i) Bestimmungen, die (bis auf Nummerierung und Verweise) unverändert bleiben sollten;
 - ii) Bestimmungen, die schon jetzt abgeändert werden können, um dem Konsens im Konvent Rechnung zu tragen;
 - iii) Bestimmungen, die auf die Arbeiten des Konvents hin oder auch, weil sie hinfällig geworden sind, zu streichen sind;
 - iv) Bestimmungen, die von Grund auf zu überarbeiten sind (und daher vom Präsidium formuliert werden müssen) oder bei denen Abänderungen erforderlich sind, für die das Präsidium vorab Fragen klären muss, in denen sich bisher noch keinerlei Konsens abzeichnet.

4. Das Präsidium ersucht darum, dass sich eine Gruppe von Sachverständigen, die durch die Juristischen Dienste der drei Organe benannt würden, mit der Erarbeitung der Texte für den zweiten Teil des Vertrags befasst, soweit sie die unter der zweiten und der dritten Kategorie genannten Bestimmungen betreffen, wobei folgende Hinweise zu beachten wären:
- Ausgangspunkt für die vorzunehmenden Abänderungen sind im Wesentlichen die Ergebnisse der Beratungen der Gruppe zur Vereinfachung der Rechtsakte und Rechtsetzungsverfahren, die vom Konvent positiv aufgenommen wurden (Dok. CONV 424/02). Dabei geht es darum,
 - im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens eine generelle Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit einzuführen (Seite 14 des vorgenannten Dokuments);
 - das Verfahren der Zusammenarbeit abzuschaffen und durch das Mitentscheidungsverfahren bzw. das Anhörungsverfahren (Stellungnahme) zu ersetzen (Seite 16);
 - in bestimmten Fällen das Verfahren der Zustimmung durch das Mitentscheidungsverfahren zu ersetzen (Seite 17).

Ferner geht es darum,

- die Bezeichnung der Rechtsakte zu ändern, außer in den Fällen, wo ein Beschluss in der Sache zu fassen wäre (Seite 6);
 - die Bezugnahme auf Artikel 251 durch eine ausdrückliche Erwähnung des Mitentscheidungsverfahrens zu ersetzen (Seite 15);
 - der Gleichstellung von Parlament und Rat bei Verweisen auf das Mitentscheidungsverfahren Rechnung zu tragen (Seite 15);
 - die Begriffe "Gemeinschaft" und "gemeinschaftlich" an die Bezeichnung für die neue Einheit anzupassen (im Rahmen der jetzigen Arbeit wird weiterhin die Bezeichnung "Europäische Union" verwendet).
- Die Gruppe sollte ferner die verschiedenen Rechtsgrundlagen in sprachlicher Hinsicht vereinheitlichen, was die zur Bezeichnung des Beschlussfassungsverfahrens im Rat verwendete Terminologie betrifft (vgl. Dok. CONV 424/02, Seite 7).
 - Die Gruppe sollte zudem die Artikel streichen, die als zu streichende Artikel genannt werden oder die hinfällig geworden sind, und sie wird ersucht, das Präsidium über das Sekretariat des Konvents auf weitere zu streichende oder hinfällige Bestimmungen aufmerksam zu machen, falls sie auf solche stößt.

- Die Gruppe wird außerdem ersucht, dem Präsidium über das Sekretariat des Konvents Vorschläge für von ihr für zweckmäßig erachtete spätere technische Vereinfachungen zu übermitteln, wie etwa Zusammenfassungen bestimmter Vorschriften in einem Artikel, sofern keine inhaltlichen Änderungen damit verbunden sind. Wenn nach Ansicht der Gruppe eine weiter gehende Vereinfachung in Betracht gezogen werden kann, unterbreitet sie die Frage dem Präsidium über das Sekretariat des Konvents, um entsprechende Vorgaben zu erhalten.
 - Natürlich hat der Vorentwurf der Vertragsstruktur nur vorläufigen Charakter. Daher ist es der Sachverständigengruppe freigestellt, Vorschläge für Umstellungen im zweiten Teil oder für die Einfügung von Abschnitten, Titeln oder neuen Teilen zu unterbreiten, wenn sie dies für zweckmäßig hält (beispielsweise könnte der Ort für die Bestimmungen über die überseeischen Länder und Gebiete bestimmt oder im zweiten Teil ein Abschnitt über die Staatsbürgerschaft aufgenommen werden, um die Rechtsgrundlagen zu erfassen, die nicht im ersten Teil enthalten sind.).
5. Die Sachverständigengruppe wird keine weiteren Änderungen vornehmen, insbesondere in Bezug auf die Beschlussfassungsverfahren, für die sich im Konvent keine Ausrichtung zu einem Konsens ergeben hat und über die im Präsidium noch nicht entschieden wurde. Hier ist insbesondere noch zu klären, ob die generelle Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auch auf andere als das Mitentscheidungsverfahren ausgedehnt und ob das Mitentscheidungsverfahren generell auf alle Rechtsetzungsakte angewendet werden kann (und welche Ausnahmeregelungen in dem einen oder anderen Fall vorzusehen wären).
 6. Die Sachverständigengruppe wird ersucht, dem Präsidium über das Sekretariat des Konvents bis Ende Februar das Ergebnis dieser ersten Arbeitsphase zu unterbreiten. Natürlich kann sie sich bei auftretenden Schwierigkeiten oder Fragen an das Generalsekretariat des Konvents wenden, um Orientierungen zu erhalten. Das Generalsekretariat des Konvents wird diese Fragen gegebenenfalls dem Präsidium vorlegen. Mitglieder des Sekretariats des Konvents werden an den Sitzungen der Sachverständigengruppe teilnehmen.
 7. Nach Abschluss dieser ersten Phase kann das Präsidium beschließen, der Sachverständigengruppe weitere Arbeiten zu übertragen, wenn zwischenzeitlich weitere Fragen geregelt worden sind.

2. TEIL:
DIE POLITIKBEREICHE UND DIE DURCHFÜHRUNG DER MASSNAHMEN DER UNION

<u>STRUKTUR DES VERTRAGS</u>				
<u>A.</u> <u>INTERNE</u> <u>POLITIKBEREICHE</u> <u>UND MASSNAHMEN</u>	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN¹	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALTLICHEN ÄNDERUNGEN
A1. BINNENMARKT				
I. Freizügigkeit und freier Dienstleistungsverkehr				
1. Arbeitnehmer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 41 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 39 (Wort "Gemeinschaft") ▪ Art. 40 ▪ Art. 42 <p><i>Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 42 letzter Absatz: <i>Generelle Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit beim Mitentscheidungsverfahren (Amato-Bericht)</i> 		

¹ Auch bei den Artikeln ohne Änderungen wird sich vor allem eine redaktionelle Überarbeitung und Neunummerierung als erforderlich erweisen.

2. Niederlassungsfreiheit	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 43 ▪ Art. 44 (außer Abs. 1) ▪ Art. 45 ▪ Art. 46 Abs. 1 ▪ Art. 47 Abs. 3 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 44 Abs. 1; ▪ Art. 46 Abs. 2; ▪ Art. 47, Abs. 1 und 2 ▪ Art. 48 <p><i>Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren und Verweis auf "Gemeinschaft"</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 47 Abs. 2: <i>Generelle Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit beim Mitentscheidungsverfahren (Amato-Bericht)</i> 		
3. Dienstleistungsfreiheit	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 50, 51 ▪ Art. 54, 55 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 49 Verweis auf <i>"Gemeinschaft"</i> ▪ Art. 52, 53: Verweis auf <i>"Richtlinien"</i> 		
4. Visa, Asyl und Einwanderung und andere Politikbereiche im Zusammenhang mit der Freizügigkeit				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.61 (z.T. hinfällig) ▪ Art.62 ▪ Art.63 ▪ Art.64 ▪ Art.65 ▪ Art.66 ▪ Art.67 Art.69 (Statusfrage VK, Irland und Dänemark; ändern?) ▪ Art.68

II. Freier Warenverkehr	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 23 ▪ Art. 24 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 23 Abs. 1: <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> 		
1. Zollunion	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 25, 26 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 27: <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> 		
2. Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 28 bis 31 			
III. Kapital und Zahlungen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 56 ▪ Art. 57 Abs. 1 ▪ Art. 58 ▪ Art. 59 ▪ Art. 60 Abs. 2 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 57 Abs. 2: <i>Verweis auf "Gemeinschaftsrecht"</i> ▪ Art. 60 Abs. 1: <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> 		
III a STEUER-BESTIMMUNGEN	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 90 bis 93 			
IV. Angleichung der Rechtsvorschriften	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 96, 97 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 94: <i>Begriff des "gemeinsamen" Marktes beibehalten?</i> ▪ Art. 95: <i>Verweis auf "Richtlinien"</i> 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 94: <i>mit Art. 95 zusammenfassen?</i>

A2 WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALTLICHEN ÄNDERUNGEN
I. Wirtschaftspolitik?	<ul style="list-style-type: none"> Art. 100 Abs. 1 Art. 101 Abs. 2 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 98 Art 99 Art 100 Abs. 2 Art. 101 Abs. 1 Art. 102 Abs. 1 Art. 103 Abs. 1 Art. 104 (Verfahren bei einem übermäßigen Defizit) <p><i>Verweis auf "Gemeinschaft" bzw. auf "gemeinschaftlich" Art. 100 Abs. 2)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Art. 99 Abs. 5: <i>Verfahrensänderung: Mitentscheidungsverfahren (Amato-Bericht)</i> Art. 102 Abs. 2: <i>Verfahrensänderung: Stellungnahme (Amato-Bericht)</i> Art. 103 Abs. 2: <i>Verfahrensänderung: Stellungnahme (Amato-Bericht)</i> 		<ul style="list-style-type: none"> Art. 99 Abs. 2: <i>Verfahren für die Annahme der Grundzüge der Wirtschaftspolitik ändern?</i> Art. 99 Abs. 4: <i>Verfahren für die Annahme von Empfehlungen / Warnungen ändern?</i> Art. 104, Abs. 6 bis 14: <i>Verfahrensänderung? Ausschließliche Teilnahme der Mitgliedstaaten des Euro-Raums im ECOFIN-Rat?</i> <p>[Ist gemäß den Empfehlungen des Hänsch-Berichts / der Gruppe "Ordnungspolitik" zu überarbeiten.]</p>

<p>II. Währungspolitik?</p> <p><i>Artikel 107 bis 109 und 112 bis 115: Vgl. Zweiter Teil Abschnitt D "Arbeitsweise der Union"</i></p> <p><i>Art. 110: Vgl. Art. 24 des Verfassungsvertrags</i></p> <p><i>Art. 111: Vgl. Zweiter Teil Abschnitt B "Externe Politikbereiche"</i></p> <p><i>Vgl. auch WWU-Protokolle</i></p>		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 105, 106: <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> ▪ Art. 106 Abs. 2: <i>Verfahrensänderung: Mitentscheidungsverfahren (Amato-Bericht)</i> 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 105 Abs. 6: <i>Verfahrensänderung? Mitentscheidungsverfahren? (Amato-Bericht)</i>
<p>IV. Übergangsbestimmungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 119 und 120: finden weiterhin für Mitgliedstaaten Anwendung, für die eine Ausnahme-regelung gilt (vgl. Art. 122 Abs. 6) 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ [Art. 116 (Stufen): streichen ▪ Art. 117 (EWI): streichen (<i>aber Art. 44 ESZB-Satzung berücksichtigen: entsprechende Bestimmung in Art. 114 Abs. 4 aufnehmen</i>)? ▪ Art. 118: streichen ▪ Art. 121 bis 124 (Teilnahme an WWU): teilweise Aufhebung?] ¹ 	

¹ Für diese Arbeit sind Vorausprüfungen erforderlich.

A3. DIE POLITIK IN ANDEREN EINZELBEREICHEN	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENTFALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALTLICHEN ÄNDERUNGEN
I. Unionsbürgerschaft	<ul style="list-style-type: none"> Art. 20 Satz 2 (diplomatischer Schutz) Art. 22 (neue Rechte) 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 18 Abs. 2 und 3 <i>Verweis auf Gemeinschaft und Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren</i> Art. 19 Abs. 1 und 2 (aktives und passives Wahlrecht): vgl. Art. 5 des Verfassungsvertrags; beide Absätze zusammenfassen? Art. 194 (Petitionsrecht beim EP): <i>Abschnitt D oder hier?</i> 		
I. a 1.1.1. Wettbewerbsregeln	<ul style="list-style-type: none"> Art. 85 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 81 ("Gemeinsamer Markt" durch "Binnenmarkt" ersetzen); Art. 82 (dito); Art.86 Abs.1 "Vertrag" durch "Verfassung" ersetzen; Verweise auf Artikel streichen: Art.86 Abs. 2: dito; "Gemeinschaft" durch "Union" ersetzen; Art. 86 Abs. 3: Rechtsakt ändern Art.87 Abs. 1: "Vertrag" durch "Verfassung", "Gemeinsamer Markt" durch "Binnenmarkt" ersetzen; Art.87 Abs. 3: dito; Art.88 Abs. 1: dito; 	<ul style="list-style-type: none"> Art.87 Abs. 2: Verweis auf Teilung Deutschlands – hinfällig? 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 83 (Änderung der Rechtsakte "Verordnung" und "Richtlinie"); Art. 84¹ Art. 89: Rechtsakt

¹ Eine etwaige Streichung dieses Artikels erfordert eine gründliche Prüfung.

		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.88 Abs. 2: dito; ▪ Art.88 Abs. 3: dito; 		
II. Sozialpolitik (unbeschadet der Empfehlungen der Gruppe XI "Soziales Europa")	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.137 Abs. 6 ▪ Art. 139 ▪ Art. 140 ▪ Art. 141 Abs. 1, 2 + 4 ▪ Art.144 ▪ Art.145 ▪ Art.147 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.137 Abs. 1: dito ▪ Art.137 Abs. 2: "Richtlinien" und Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren ändern; ▪ Art.137 Abs. 3: Annahmeverfahren ▪ Art.137 Abs. 4: Wort "Richtlinie"; ▪ Art.137 Abs. 5: Wort "Vertrag"; ▪ Art.138: Wort "gemeinschaftlich" ▪ Art.141 Abs. 3 Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren ändern; ▪ Art.143: Wort "Gemeinschaft"; ▪ Art.146: Wort "Gemeinschaft"; ▪ Art.148: Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.136: Charta hinzufügen?

III. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.158 (Wort "Gemeinschaft" ersetzen) ▪ Art.159 (dito) ▪ Art.160 (dito) ▪ Art.161: <i>Verfahren der Zustimmung durch Mitentscheidungsverfahren ersetzen (Amato-Bericht).</i> ▪ Art.162: Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren 		
IV. Landwirtschaft und Fischerei	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.33 ▪ Art.35 ▪ Art.36 ▪ Art.38 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.32: Worte "Gemeinsamer Markt" ▪ Art.34: Wort "Gemeinschaft" 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 37 Abs. 1 (hinfällig) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.37 Abs. 2 bis 4: Wort "Gemeinschaft" + Rechtsakte
V. Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.176 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.174: Wort "Gemeinschaft" ▪ Art.175 		
VI. Verbraucherschutz		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.153: Wort "Gemeinschaft"; Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren 		
VII. Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.70 ▪ Art.71 Abs. 2 ▪ Art.73 ▪ Art.74 ▪ Art.77 ▪ Art.79 ▪ Art.80 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.71 Abs. 1: Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren; ▪ Art.75: Wort "Gemeinschaft" ▪ Art.76: dito 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.78 (beibehalten?) ▪ Art.72 (Datum)
VIII. Transeuropäische Netze		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.154: Wort "Gemeinschaft" ▪ Art.155: dito ▪ Art.156: Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren 		

IX. Forschung und technologische Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.167 ▪ Art.173 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.163: Wort "Gemeinschaft" ▪ Art.164:dito ▪ Art.165: dito ▪ Art.166: dito + Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren ▪ Art.168: dito ▪ Art.169: dito ▪ Art.170: dito ▪ Art.171: dito ▪ Art.172: Bezeichnung Mitentscheidungsverfahren 		
--	--	--	--	--

A4. INNERE SICHERHEIT	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALTLICHEN ÄNDERUNGEN
			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.41 EUV 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 29 bis 42 EUV sind im Lichte der Beratungen der Gruppe X und der Aussprache auf der Plenartagung vom 5./6. Dezember 2002 zu überarbeiten. ▪ Art.29 EUV ▪ Art.30 EUV ▪ Art.31 EUV ▪ Art.32 EUV ▪ Art.33 EUV ▪ Art.34 EUV ▪ Art. 35 EUV (bis auf Abs. 5 streichen?) ▪ Art.36 EUV; ▪ Art.37 EUV (auch gemäß Art. 18 et Abschnitt VI des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags überarbeiten); ▪ Art.38 EUV (einzige Bestimmung zu internationalen Übereinkünften) ▪ Art.39 EUV ▪ Art.40 EUV (verstärkte Zusammenarbeit; vgl. Art. 32 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags) ▪ Art. 46 EUV

A5. BEREICHE, IN DENEN DIE UNION BESCHLIESSEN KANN, EINE UNTER- STÜTZENDE MASSNAHME DURCHZUFÜHREN	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECH- NISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
I. Beschäftigung (vorbehaltlich der Empfehlungen der Gruppe XI "Soziales Europa")	▪ Art.130	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.125: Wort "Gemeinschaft" ▪ Art.126: dito ▪ Art.127: dito ▪ Art.128: dito ▪ Art.129: Bezeichnung Mitent- scheidungsverfahren 		
II. Gesundheitswesen		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.152: Wort "Gemeinschaft" + Bezeichnung Mitentschei- dungsverfahren 		
III. Industrie		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.157 		
IV. Kultur		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.151 Abs.1 bis 4: Wort "Gemeinschaft" ▪ Art.151 Abs. 5: Generelle Beschlussfassung mit qualifi- zierter Mehrheit beim Mitent- scheidungsverfahren (Amato- Bericht). 		
V. Allgemeine Bildung, beruf- liche Bildung, Jugend		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art.149: Wort "Gemeinschaft" + Bezeichnung Mitentschei- dungsverfahren ▪ Art. 150: dito 		

B. <u>EXTERNE POLITIK- BEREICHE</u>	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECH- NISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
	<p style="text-align: center;">NEU (Artikel über Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der EU)</p>			
I. Handelspolitik	<ul style="list-style-type: none"> Art. 134 EGV 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 132 EGV (Verweis auf "Gemeinschaft", Rechtsakte) 		<ul style="list-style-type: none"> Art. 131 EGV (Teiländerung; Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns in neuem Artikel) Art. 133 EGV
II. Entwicklungszusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> Art. 179 Abs. 2 EGV 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 178 EGV ("Gemeinschaft" + Verweis auf neuen Artikel über Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns) Art. 179 Abs. 1 EGV (Verweis auf neuen Artikel über Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns) Art. 180 EGV (Verweis auf "Gemeinschaft") 		<ul style="list-style-type: none"> Art. 177 EGV (Definition der Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns in einem Artikel) Art. 179 Abs. 3 EGV (falls EEF in Gesamthaushaltsplan einbezogen wird (?)) Art. 181a Abs. 1 (neuer Artikel über Grundsätze und Ziele)
III. Externe Aspekte von in den Kapiteln A1 bis A4 genannten Politikbereichen	<p style="text-align: center;">NEU (Artikel mit Darlegungen zur Außenkompetenz der Union in Bereichen, die unter ihre interne Zuständigkeit fallen)</p>			

IV. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik				
1. Außenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> Art. 16 EUV Art. 27 EUV 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 301 EGV (Verweis auf "Gemeinschaft") 		<ul style="list-style-type: none"> Art. 11 EUV (vgl. Art. 13 des neuen Vertrags und neuen Artikel über Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns)¹ Art. 12 (letzter Gedankenstrich) EUV Art. 13 Abs. 2 EUV (Mechanismus/Verfahren zur Bestimmung der einzelnen Ziele) Art. 13 Abs. 3 EUV (wenn das Amt des Hohen Vertreters eine spezifische Funktion erhält) Art. 14 EUV (spezifische Funktion des Amtes des Hohen Vertreters) Art. 15 EUV (abhängig von den in Art. 24 des neuen Vertrags zu übernehmenden Elementen) Art. 18 EUV (Vertretung, spezifische Funktion des Amtes des Hohen Vertreters) Art. 19 EUV (Rolle des Hohen Vertreters bei einer verstärkten Koordinierung innerhalb internationaler Organisationen) Art. 20 EUV (Aufgaben der Außenstellen der Union und der Botschaften der Mitgliedstaaten gegenüber dem Hohen Vertreter) Art. 21 EUV (Funktion des Amtes des Hohen Vertreters; Änderung auch, wenn Unterrichtung EP verbessert wird) Art. 22 EUV (spezifische Funktion des Amtes des Hohen Vertreters) Art. 26 EUV (Funktion HV /neues Amt) Art. 27a, 27b, 27c, 27d, 27e EUV (Überarbeitung in Abhängigkeit von Art. 32 des neuen Vertrags) Art. 207 Abs. 2 EGV (Ernennung für das Amt des HV)

¹ Alle diese Artikel sind mehr oder weniger stark zu überarbeiten, je nachdem, was die Arbeit der Gruppen VII und VIII ergibt.

2. Krisenbewältigung	<ul style="list-style-type: none"> Art. 17 Abs. 1 Unterabs. 1 (?), Abs. 1 Unterabs. 2 EUV 		<ul style="list-style-type: none"> Art. 17 Abs. 1 Unterabs. 3, Abs. 2, Abs. 4 EUV (zu überarbeiten) Art. 23 Abs. 1 EUV (Änderung: Einverständnis statt "Konsens"/Einstimmigkeit) Art. 25 EUV (Artikel zu GSP – Änderung der Rolle des HV bei der Krisenbewältigung und andere Mechanismen) <p>Aufnahme einer Bestimmung, mit der die Regelungen zur Inanspruchnahme des Gemeinschaftshaushalts gelockert werden (Änderung Art. 28 Abs. 3 EUV ?)</p> <p>Mittel für Vorbereitungsphase oder Änderung Art. 28 Abs. 3 EUV (zur Genehmigung von Ausgaben für militärische Maßnahmen)</p>
	NEU (Konvergenzziele)		
	NEU (Rüstungsagentur)		

V.	Abschluss internationaler Übereinkünfte			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art .111 Abs. 1-3, 5 EGV ▪ Art. 133 Abs. 3, 5-7 EGV ▪ Art. 170 EGV ▪ Art. 174 Abs. 4 EGV ▪ Art. 181 EGV ▪ Art. 181a Abs. 2-3 EGV ▪ Art. 300 EGV ▪ Art. 310 EGV ▪ Art. 24 EUV ▪ Art. 38 EUV (neuer Artikel, in dem die Bestimmungen über die Aushandlung internationaler Übereinkünfte zusammengefasst sind)
VI.	Beziehungen zu und Vertretung in internationalen Organisationen		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 111 Abs. 4 EGV ("Gemeinschaft", Vertretung) ▪ Art. 303 EGV ("Gemeinschaft") ▪ Art. 304 EGV ("Gemeinschaft") 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 302 EGV

C. <u>VERTEIDIGUNG</u>	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
		<p>NEU</p> <p>(Artikel zur Anwendung von Artikel 30 des neuen Vertrags)</p>		
		<p>NEU</p> <p>(Klausel betreffend den Europäischen Rat, Annahme einer Erklärung über die Beurteilung der Bedrohung und Aktualisierung)</p>		
D. <u>ARBEITSWEISE DER UNION</u>	ARTIKEL OHNE ÄNDE- RUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
I. <u>Institutionelle Bestimmun- gen</u>				
Das Europäische Parlament	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 193: (nichtständige Untersuchungsausschüsse) ▪ Art. 196, 197, 199, 200: (interne Funktionsweise) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 194 (Petition) : Verweis auf "Gemeinschaft" ▪ Art. 195 außer Abs. 1 Unterabs. 1: (Bürgerbeauftragter) 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 191 (Politische Parteien): <i>nach Titel "Das demokratische Leben der Union" verlagern?</i>

Der Rat	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 204 (Einberufung) ▪ Art. 206 (Übertragung von Stimmrechten) ▪ Art. 207 Abs. 1 (AStV) ▪ Art. 207 Abs. 3 Unterabs. 1 (Geschäftsordnung) ▪ Art. 209 (Rechtsstellung der Ausschüsse) ▪ Art. 210 (Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter): <i>vgl. unten</i> 			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 207 Abs. 2 (Generalsekretär/Hoher Vertreter)
Die Kommission	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 213 Abs. 2 Unterabs. 2 und 3 (Unabhängigkeit) ¹ ▪ Art. 216 (Amtsenthebung von Kommissionsmitgliedern) ▪ Art. 218 Abs. 2 (Geschäftsordnung) ▪ Art. 219 Abs. 3 (Beschlussfähigkeit) ▪ Art. 284 (Ermittlungsbefugnisse der Kommission) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 212 (jährlicher Gesamtbericht): Verweis auf "Gemeinschaft" 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 215 (Ersetzung von Kommissionsmitgliedern): <i>abhängig von Änderung des Artikels 214</i>

¹ Die Reform der Kommission könnte zu wesentlichen Änderungen dieser Bestimmung führen.

Der Gerichtshof	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 292 (Regelung von Streitigkeiten) ▪ Art. 226, 227, 228, 232 bis 235, 237, 239 bis 244 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 225 a: <i>Rechtsakt: Verweis auf "Entscheidung"</i> ▪ Art. 229: <i>Verweis auf "Verordnungen" und Bezeichnung des Mitentscheidungsverfahrens</i> ▪ Art. 229 a: <i>Verweis auf "gemeinschaftliche Titel"</i> ▪ Art. 231: <i>Verweis auf "Verordnungen"</i> ▪ Art. 236: <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> ▪ Art. 238: <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 46 EUV ▪ Art. 68 EGV ▪ Art. 221 bis 225 EGV (<i>Teiländerung - einige Bestimmungen dieser Artikel sollten in Art. 20 des Verfassungsvertrags erscheinen</i>) ▪ Art. 230 (Nichtigkeitsklage): <i>Neuregelung der Klageerhebung?</i> ▪ Art. 245 (Satzung des Gerichtshofs): <i>Verfahrensänderung?</i> ▪ Art. 225 a und 229 a (<i>Bildung neuer Kammern: Verfahrensänderung?</i>)
Der Rechnungshof		Art. 247 und 248 (<i>Teiländerung - einige Bestimmungen dieser Artikel sollten in Art. 21 des Verfassungsvertrags erscheinen</i>)		

ESZB und EZB	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 107 Abs. 4 und 6 (Verweis auf ESZB-Satzung) ▪ Art. 108 (Unabhängigkeit) ▪ Art. 112 und 113 (Zusammensetzung und Arbeitsweise des EZB-Rates und des Direktoriums) ▪ Art. 114 Abs. 3 und 4 ▪ Art. 115 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 109 (zweiter Satz)? <i>streichen? (überholt).</i> ▪ Art. 114 Abs. 1: streichen (Währungsausschuss durch Wirtschafts- und Finanzausschuss ersetzt) ▪ Art. 114 Abs. 2: <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 107 Abs. 5 (Änderung ESZB-Satzung): <i>Verfahrensänderung?: Zustimmung oder Mitentscheidung? (Amato-Bericht)</i>
Europäische Investitionsbank	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 9, 266 EGV 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 267: Verweis auf "Gemeinschaft" 		
Die beratenden Gremien der Union	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 209 (Rechtsstellung der Ausschüsse) <i>Vgl. Art. 23 des Verfassungsvertrags?</i> ▪ Art. 257 bis 262 (Wirtschafts- und Sozialausschuss) ▪ Art. 263 bis 265 (Ausschuss der Regionen)¹ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 258 Abs. 3, ▪ Art. 259 Abs. 2 ▪ Art. 263 Abs. 3 <p><i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i></p>		
Gemeinsame Bestimmungen für die Organe	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 210, Art. 247 Abs. 8 und Art. 258 Abs. 4 (Gehälter der Mitglieder bestimmter Organe und Einrichtungen) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 283 (Statut der Beamten) ▪ Art. 287 (Schweigepflicht) ▪ Art. 289 (Sitz der Organe) ▪ Art. 290: (Sprachenregelung) ▪ Art. 291 (Vorrechte und Befreiungen) <p><i>Verweis auf "Gemeinschaft(en)"</i></p>		

¹ Vorbehaltlich der Plenardebatte über die Regionen.

<u>II. Bestimmungen über Verfahren und Rechtsakte</u>				
Verfahren		<ul style="list-style-type: none"> Art. 251 (Teiländerung - Details des Mitentscheidungsverfahrens) 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 252 (Verfahren der Zusammenarbeit: streichen (Amato-Bericht)) 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 7 EUV und 309 EGV (<i>Teiländerung - Details des Verfahrens zum Erlass von Sanktionen gegen einen Mitgliedstaat bei Verletzung von Grundsätzen und Werten</i>)? Oder nur im ersten Teil des Verfassungsvertrags? Art. 272 und 273 (Teiländerung): Haushaltsverfahren
Rechtsakte	<ul style="list-style-type: none"> Art. 254 (Veröffentlichung von Rechtsakten): <i>Vgl. Art. 24 des Verfassungsvertrags</i> Art. 256 (vollstreckbare Titel betreffend Rechtsakte der Kommission und des Rates) 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 253 (Begründung von Rechtsakten): <i>Verweis auf Instrumente</i> 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 293 (GV-Übereinkünfte): streichen (Amato-Bericht) 	
<u>III. Bestimmungen über die Finanzen der Union</u>	<ul style="list-style-type: none"> Art. 271, 274 Art. 276, 277 Art. 278 Art. 279 (Annahme Haushaltsordnung und sonstige Modalitäten) 	<ul style="list-style-type: none"> - Art. 275 und 280 <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> 		
<u>IV. Verstärkte Zusammenarbeit</u>				<ul style="list-style-type: none"> Art. 40, 43, 44 EUV und Art. 11 EGV (<i>Teiländerung; vgl. Art. 32 des Verfassungsvertrags</i>)

<u>V. Sonstige Bestimmungen</u>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 294 (Verbot der auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung von Aktionären) ▪ Art. 295 (Eigentumsordnung) ▪ Art. 296 (wesentliche Sicherheitsinteressen der MS - geheime Liste). ▪ Art. 297 (Schutz des Gemeinsamen Marktes bei außergewöhnlichen Umständen) ▪ Art. 298 (Prüfung der Anwendung der Artikel 296 und 297). ▪ Art. 306 (Benelux) ▪ Art. 307 (vor 1958 geschlossene Übereinkünfte der MS) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 288 (Haftung der Gemeinschaft) ▪ Art. 285 (Statistiken) ▪ Art. 286 Verarbeitung personenbezogener Daten): <i>in Teil II Abschnitt "Unionsbürgerschaft" des Verfassungsvertrags übernehmen?</i> <i>Verweis auf "Gemeinschaft"</i> 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 305 (Zusammenhang mit EGKS- und Euratom-Vertrag): <i>Abs. 1 streichen; Überarbeitung von Abs. 2 hängt davon ab, ob Euratom-Vertrag fortbesteht oder nicht.</i> 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 282 (Rechts- und Geschäftsfähigkeit)
Teil 2a?: Überseeische Länder und Hoheitsgebiete (zur Erinnerung)		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 182 bis 188 		

1. TEIL

<u>STRUKTUR DES VERTRAGS</u>				
Titel I: <u>Definition und Ziele der Union</u>	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN ¹	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 1: Gründung [der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten von Europa, des Vereinten Europas]	NEU		<ul style="list-style-type: none"> Art. 1 Abs. 3 	<ul style="list-style-type: none"> Art.1 Abs. 1 und 2 EUV Art. 1 EGV
Artikel 2: Werte	NEU			<ul style="list-style-type: none"> Art. 6 Abs. 1 EUV
Artikel 3: Ziele	NEU			<ul style="list-style-type: none"> Art. 2 EUV Art. 2,3,4 EGV Art. 11 EUV Art. 29 EUV
Artikel 4: Rechtspersönlichkeit	NEU		<ul style="list-style-type: none"> Art. 281 EGV 	

¹ Auch bei den Artikeln ohne Änderungen wird sich vor allem eine redaktionelle Überarbeitung und Neunummerierung ALS erforderlich erweisen.

Titel II: Unionsbürgerschaft und Grundrechte	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 5: Unionsbürgerschaft ¹		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 12 EGV Art. 18 EGV ▪ Art. 19 EGV Abs. 2 EGV ▪ Art. 21 EGV (Charta) 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 17 EGV (doppelte Staatsangehörigkeit)
Artikel 6: Charta der Grundrechte				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 6 EUV

¹ Die Bestimmungen, die der Union die Zuständigkeit für die Festlegung der Modalitäten zur Ausübung einiger dieser Rechte übertragen, sind in Teil II des Verfassungsvertrags aufgeführt. Gleiches gilt für Art. 22 Absatz 2 des derzeit geltenden EG-Vertrags, der dem Rat die Möglichkeit einräumt, Bestimmungen für eine Erweiterung der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte zu erlassen.

	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 7: Grundprinzipien: Zuständigkeiten, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit				<ul style="list-style-type: none"> Art. 5 EGV Art. 2 Abs. 2 EUV Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit
Artikel 8: Wahrung der Grundprinzipien: begrenzte Einzelermächtigungen; Kontrolle der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit; Vorrang des Unionsrechts; Entwicklung im Laufe der Zeit.		<ul style="list-style-type: none"> Art. 10 EGV 		<ul style="list-style-type: none"> Art. 308 EGV
Artikel 9: Arten von Zuständigkeiten: Defini- tion	NEU			
Artikel 10: Ausschließliche Zuständigkeiten	NEU			
Artikel 11: Geteilte Zuständigkeiten	NEU			
Artikel 12: Unterstützende Maßnahmen	NEU			
Artikel 13: Gemeinsame Außen- und Sicher- heitspolitik; Gemeinsame Verteidi- gungspolitik; Politik in den Berei- chen Polizei und Strafjustiz	NEU			

Titel IV: <u>Institutionen der Union</u>	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECH- NISCHEN ÄNDERUN- GEN	ENTFALLENDEN ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALTLICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 14: Das institutionelle System, das sowohl für die Tätigkeiten der Union als auch für die von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Union gemeinsam durchgeführten Tätigkeiten gilt			▪ Art. 47 EUV	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 3 EUV Art. 5 EUV ▪ Art. 28 Abs. 1 EUV ▪ Art. 41 Abs. 1 EUV ▪ Art. 7 EGV ▪ Art. 8 EGV
Artikel 15: Der Europäische Rat: Zusammensetzung, Rolle, Aufgaben				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 4 EUV ▪ Art. 13 Abs. 1 und 2 EUV
Artikel 15a: Der Vorsitz des Europäischen Rates				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 4 EUV
Artikel 16: Das Europäische Parlament: Zusammensetzung, Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 21 EUV ▪ Art. 195 Abs. 1 Unterabs. 1 EGV ▪ Art. 201 EGV 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 192 EGV 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 39 Abs. 1 EUV ▪ Art. 189 EGV, Art. 190 EGV
Artikel 17: Der Rat: Zusammensetzung, Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 208 EGV ▪ Art. 203 Abs. 1 EGV ▪ Art. 218 Abs. 1 EGV 			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 13 Abs. 3¹ ▪ Art. 26 EUV ▪ Art. 202 EGV
Artikel 17a: Der Vorsitz des Rates				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 18 EUV ▪ Art. 203 Abs. 2 EGV

¹ Vgl. auch Art. 29 des Vorentwurfs.

Artikel 18: Die Kommission: Zusammensetzung, Zuständigkeiten (ausschließliches Initiativrecht) ¹	▪ Art. 218 Abs. 1 EGV			▪ Art. 27 EUV und 36 Abs. 2 EUV ▪ Art. 211 EGV Art. 250 Abs. 2 ▪ Art. 213 Abs. 1 und Abs. 2 Unterabs. 1 EGV ▪ Art. 214 EGV ▪ Art. 217 EGV
Artikel 18a: Der Vorsitz der Kommission				▪ Art. 214 EGV ▪ Art. 219 Abs. 1 EGV
Artikel 19: Der Kongress der Völker Europas	NEU			
Artikel 20: Der Gerichtshof	▪ Art. 220 EGV (Art. 220 Abs 1 nach Nizza)			▪ Art. 35 EUV (bis auf Abs. 5 streichen?) ▪ Art. 46 EUV ▪ Art. 68 EGV ▪ Art. 221 EGV Art. 222 EGV ▪ Art. 225 EGV Art. 223 EGV (Teiländerung)
Artikel 21: Der Rechnungshof	▪ Art. 246 EGV	▪ Art. 247 EGV (Teilän- derung) ▪ Art. 248 EGV (Teilän- derung)		
Artikel 22: Die Europäische Zentralbank	▪ Art. 105 Abs. 4 ▪ Art. 106 Abs. 1 ▪ Art. 107 Abs. 2 EGV ▪ Art. 110 Abs. 1 EGV			▪ Art. 8 EGV
Artikel 23: Die beratenden Gremien der Union	▪ Art. 209 EGV	▪ Art. 7 Abs. 2 EGV		

¹ Verwiesen wird speziell auf das Initiativrecht der Kommission sowie auf seine Auswirkungen auf das Stimmrecht im Rat (vgl. auch Art. 37 des Vorentwurfs).

Titel V: <u>Umsetzung der Zuständigkeiten und Maßnahmen der Union</u>	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 24: Die Rechtsakte der Union: z.B. europäische Gesetze, Rahmengesetze, europäische Beschlüsse (diese Liste ist anhand der Schlussfolgerungen der Gruppe IX zu ergänzen)		<p>Alle Artikel, in denen Rechtsakte erwähnt werden (vgl. Teil II)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 110 EGV (aber kein Parallelismus zu Art. 249 EGV) ▪ Art. 254 EGV 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 12 EUV ▪ Art. 14 Abs. 1, 2, 3, 4 EUV ▪ Art. 15 EUV ▪ Art. 34 Abs. 2 EUV ▪ Art. 249 EGV
Artikel 25: Gesetzgebungsverfahren: Annahme der Gesetze und Rahmengesetze		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 251 EGV (Teiländerung) <p>Alle auf Verfahren bezogenen Artikel (vgl. Teil II)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 252 EGV 	
Artikel 26: Verfahren für die Annahme der Beschlüsse	NEU			
Artikel 27: Verfahren für die Annahme der Durchführungsrechtsakte				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 202 EGV ▪ Art. 211 EGV
Artikel 28: Verfahren für die Umsetzung der unterstützenden Maßnahmen (einschließlich der Programme); Überwachung der Durchführung	NEU			

Artikel 29: 1) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 2) Krisenbewältigung	<ul style="list-style-type: none"> Art. 12 letzter Gedankenstrich EUV Art. 16 EUV 			<ul style="list-style-type: none"> Art. 13 (Initiative HV ergänzen) Abs.2 + 3 EUV Art. 14 Abs.4,5,6 + 7 EUV Art. 22 Abs. 1 EUV Art. 25 EUV (nach Nizza)
Artikel 30: Gemeinsame Verteidigungspolitik ¹	NEU			
Artikel 31: Politik in den Bereichen Polizei und Strafrecht				<ul style="list-style-type: none"> Art. 29 EUV ²
Artikel 32: Anwendung der verstärkten Zusammenarbeit				<ul style="list-style-type: none"> Art. 40 EUV Art. 43 EUV Art. 44 EUV Art. 11 EGV (Teiländ.)
Titel VI: Das demokratische Leben der Union	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENTFALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALTLICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 33: Grundsatz der demokratischen Gleichheit der Unionsbürger	NEU			
Artikel 34: Grundsatz der partizipatorischen Demokratie	NEU			
Artikel 35: Einheitliches Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament				<ul style="list-style-type: none"> Art. 190 Abs. 4 EGV

¹ Vgl. auch Art. 17 des Vorentwurfs.

² Dieser Artikel ist als Verweis auf Teil 2 Abschnitt C des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags zu verstehen.

Artikel 36: Transparenz der Beratungen der Union im Gesetzgebungsbereich <i>und Zugang zu Dokumenten</i>				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 207 Abs. 3, Unterabsatz 2 EGV ▪ Art. 255 EGV
Artikel 36a: <i>Recht auf eine gute Verwaltung?</i>	NEU ? Vgl. Art. 41 Charta der Grundrechte			
Artikel 37: Abstimmungsregeln der Organe der Union. Anwendung der Möglichkeit der "konstruktiven Enthaltung" und ihre Folgen		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 23 EUV 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 23 EUV ▪ Art. 34 Abs.3 und 4 EUV ▪ Art. 205 EGV ▪ Art. 219 Abs.2 EGV Art.198 EGV ▪ Art. 250 EGV
Titel VII: Die Finanzen der Union	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 38: Die Finanzmittel der Union				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 269 EGV
Artikel 39: Der Grundsatz des Haushaltsausgleichs der Union		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art 270 EGV 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 268 Abs.3 EGV
Artikel 40: Das Haushaltsverfahren der Union				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 28 Abs.2, 3 + 4 EUV Art 41 Abs.2, 3, + 4 EUV ▪ Art. 268 Abs.1 + 2 EGV ▪ Art. 272 EGV Art. 273 EGV ▪ Art. 274 EGV (Teiländ.)

Titel VIII: Das Handeln der Union in der Welt	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 41: Die Vertretung der Union nach außen				▪ Art. 18 EUV
Titel IX: Die Union und ihre Nachbarn	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 42: Besondere Beziehungen zwischen der Union und Nachbarstaaten				▪ Art. 310 EGV
Titel X: Die Zugehörigkeit der Union	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENT- FALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALT- LICHEN ÄNDERUNGEN
Artikel 43: Eine Union, die allen Staaten Europas offen steht, die ihre Werte und Grundrechte strikt respektieren und die ihre Regeln, nach denen die Union funktioniert, akzeptieren	NEU			
Artikel 44: Verfahren für den Beitritt zur Union	▪ Art. 49 EUV			
Artikel 45: Aussetzung der mit der Zugehörig- keit zur Union verbundenen Rechte				▪ Art. 7 EUV ▪ Art. 309 EGV
Artikel 46: Austritt aus der Union	NEU			

3. TEIL:
ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

STRUKTUR DES VERTRAGS				
Letzter Titel:	ARTIKEL OHNE ÄNDERUNGEN	ARTIKEL MIT TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN	ENTFALLENDE ARTIKEL	ARTIKEL MIT INHALTlichen ÄNDERUNGEN
Aufhebung der vorherigen Verträge	NEU		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 50: streichen? (vgl. Art. 9 Vertrag von Amsterdam) 	
Rechtliche Kontinuität im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Union	NEU			
Geltungsbereich des Vertrags		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 299 EGV 		
Protokolle		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 311 EGV 		
Verfahren für die Änderung des Verfassungsvertrags				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 48 EUV (prüfen)
Annahme, Ratifikation und Inkrafttreten des Verfassungsvertrags				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 52 EUV ▪ Art. 313 EGV (zusammenfassen) (prüfen)
Geltungsdauer		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 51 EUV ▪ Art. 312 EGV (zusammenfassen) 		
Sprachen		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 53 EUV ▪ Art. 314 EGV (zusammenfassen) 		